

Osterreich.

Über die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland hat sich der Präsident der Nationalversammlung Dinghofer näher ausgelassen. Er meint, darin dürften alle übereinstimmen, daß Deutsch-Osterreich für sich allein in Zukunft nicht wird bestehen können. Ich persönlich, sagte er weiter, sehe trotz der vielen wirtschaftlichen Bedenken, die mit Recht vorgebracht werden, unser Heil im Anschluß an das Deutsche Reich, wobei ich mir freilich nicht den Wunsch verlagere, daß dort bald geordnete Zustände eintreten mögen. Damit bekenne ich mich übrigens durchaus nicht als Gegner eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den übrigen Staatsgebilden, die auf dem Boden der alten Donaumonarchie entstanden sind. Ich habe die Überzeugung, daß das eine das andere nicht ausschließt.

Rußland.

Ein Antrag auf Friedensverhandlungen mit der Entente hat die Sowjetregierung gestellt, und zwar durch Vermittlung des Gesandten in Stockholm. Rußland drückt in der Note den Wunsch aus, eine friedliche Lösung aller unentschiedenen Fragen herbeizuführen, welche Anlaß zu fortwährenden Feindschaften zwischen den betreffenden Ländern geben könnten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie behauptet wird, hält sich der bekannte Bolschewikführer Radek noch immer in Berlin auf. Auch der ehemalige Berliner Gesandte der Sowjetrepublik, Toffe, hat sich wider Willen der Regierung in Berlin eingefunden.

Berlin. Der Volksbeauftragte Roske hat erklärt, daß er seine Stellung als Gouverneur von Kiel nebenbei noch versehen will.

Berlin. Die Überwachung der Charlottenburger Polizei durch militärische Sicherheitsorgane ist vom dortigen AStA als überflüssig aufgehoben worden.

Köln. Der englische Militärgouverneur im besetzten Gebiet hat das Führen der deutschen Fahne zu Lande und zu Schiff verboten.

Mannheim. Wie verlautet, soll Prinz August Wilhelm in den Dienst der Benz-Gesellschaft getreten sein.

Wien. Das Brot, welches aus dem von der Entente zur Verfügung gestellten Mehl hergestellt wird, dürfte voraussichtlich nicht weniger als 6 Kronen 20 Heller der Laib kosten. Man denkt daran, die Mehrlieferanten aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Budapest. Der Ministerrat ermächtigte den zuständigen Minister, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Adelsprädikate und Titel aufhebt.

Osaka. Zu dem Bericht, daß zwischen der niederländischen und der englischen Regierung Übereinstimmung über die Stellung des deutschen Kaisers erzielt worden sei, erfährt das Korrespondenzbüro, daß der niederländischen Regierung darüber nichts bekannt sei.

Amsterd. Wie die „Times“ melden, traf Baderewski in Begleitung eines britischen Obersten in Warschau ein. Er wurde mit einem Festgelage empfangen.

Genf. In Weh hat der französische Regierungskommissar eine neue Handelskammer ins Leben gerufen, deren Vorsitzender der Industrielle Robert de Wendel ist.

Basel. Der 2. Vizepräsident der Lebensmittelverwaltung der Vereinigten Staaten und der Getreidecorporation Edward M. Welch ist am 1. Januar von St. Louis nach London abgereist, um die Verteilung aller für Europa bestimmten Lebensmittel zu überwachen.

Rom. Wilson traf hier ein. Am Bahnhof wurde er von dem König, der Königin, den Ministern und den Behörden empfangen. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte ihn mit großer Begeisterung.

Polizeiskandal in Berlin.

Das Schuldkonto des Polizeipräsidenten.

Berlin, 4. Januar.

Die Verhältnisse bei der Polizei der Reichshauptstadt haben nachgerade unter der Leitung ihres jetzigen Präsidenten Eichhorn Formen angenommen, die nicht mehr haltbar sind und die preussische Regierung zum Eingreifen veranlassen haben. Bei seiner Vereinhaltung durch die Minister Ernst und Dirsch wurde Eichhorn vorgeworfen, daß er seit der Revolution es noch nicht für nötig gehalten habe, der Regierung auch nur einen einzigen Tätigkeitsbericht vorzulegen, wie es seine Pflicht erfordert hätte. Eichhorn entschuldigte sich damit, daß er

durch Mangel an Geschäftserfahrung

und die Überfülle seiner Arbeit nicht dazu gekommen sei. Auch hat die Regierung bis heute noch keinen Bericht über die neuerliche Verhaftung des Leiters des Sicherheitsdienstes Brins unter dem Verdacht des Vorklugs, noch über die Entlassung eines Sicherheitsbeamten durch einen Matrosen, weder über die Vorgänge beim Matrosenputsch in der Reichskanzlei und Kommandantur am 23. Dezember, noch über den Abtritt eines Teiles des Sicherheitsdienstes zu den Matrosen am 24. Dezember, weder über die Entlassung versprengter Teile der Regierungstruppen durch Sicherheitsmannschaften am 24. Dezember, noch über die

Abführung von Offizieren unter Mißhandlungen auf das Polizeipräsidium. Auch hier wandte der Polizeipräsident Mangel an Geschäftserfahrung und Zeit ein. Auch wird Eichhorn von der Regierung der Vorwurf gemacht, daß er in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident eine Menge spartakistischer Arbeiter bewaffnet habe, die mit dem Polizeisicherheitsdienst nichts zu tun hätten. Es soll sich um 1500 Arbeiter handeln. Trotz gegenteiliger Beweise bestreitet Eichhorn dieses. Endlich darf noch als erwiesen gelten, daß

Eichhorn im Solde Rußlands

steht. Hierüber berichtet der Vorwärts folgendes: „Wie wir aus sicherster Quelle erfahren, bestehen auch jetzt noch Beziehungen zwischen der Petersburger Telegraphenagentur und dem Polizeipräsidium fort, zum mindesten die finanziellen Beziehungen. Erst in den allerletzten Tagen, im neuen Jahre, hat der Polizeipräsident Eichhorn von der „Rosta“, wie unumstößlich feststeht, 1400 Mark in einem Einschreibebrief erhalten. — Offenbar bezieht Eichhorn sein Gehalt von der russischen Telegraphenagentur unentgeltlich weiter, was allerdings für einen Berliner Polizeipräsidenten einen Gipfelpunkt darstellt.“

Wina geräumt!

General Foch und die Polen.

Berlin, 4. Januar.

Am 4. Januar ist Wina von den deutschen Truppen geräumt worden. Ein Telegramm des Generalissimus Foch hat darum ersucht, den Polen die Möglichkeit nicht zu lassen, Truppen nach Litauen zu werfen, um dem Vorwärt der Bolschewisten zu befehlen.

Die Litauer haben ebenfalls um Waffen ersucht, um sich gegen die anrückenden Bolschewisten zu verteidigen zu können. Eine Verständigung zwischen Polen und Litauern ist bisher nicht erzielt worden, trotzdem die von den Bolschewisten drohende Gefahr ständig wächst. — In Stockholm ist ein Büro eingerichtet worden, das Freiwillige für den Kampf der Letten gegen die Bolschewikarmee anwirbt. Es erfolgen täglich zahlreiche Anmeldungen. Der Leiter des Büros, Leutnant Angmann, erklärte, daß man beabsichtigt, eine Einheitsfront durch Estland, Livland, Kurland und Litauen gegen das bolschewistische Rußland aufzustellen. Der russische General Judentich, der Eroberer von Erzerum, sei gebeten worden, sich an die Spitze der Kriegsexpeditionen zu stellen und habe sich über Finnland nach Estland und Lettland begeben. Der Chef für die schwedischen Truppen sei noch nicht auszuwählen.

10 Gebote für Wählerinnen.

1. Frauen, es ist eure Pflicht, von eurem Wahlrecht unter allen Umständen Gebrauch zu machen.
2. Macht diese Pflicht allen euch erreichbaren Frauen, Verwandten, Hausgenossinnen, Freundinnen, Arbeitsgenossinnen usw. klar.
3. Unterrichtet euch über die Frauenforderungen und Frauenrechte in den aufklärenden Frauen-Versammlungen.
4. Unterrichtet euch über die Grundsätze und Programme der politischen Parteien.
5. Schließt euch derjenigen Partei an, die euren Ueberzeugungen entspricht oder möglichst nahekommt.
6. Hütel euch vor Zersplitterung. Jede Organisation verlangt Selbstdisziplin und Aufgabe persönlicher Wünsche.
7. Beht in die Wahlversammlungen.

Beachtet

die Partei-Versammlungen!

8. Wenn keine geeignete, politisch geschulte Kandidatin zur Verfügung steht, so wählt die richtigen Männer, die bereit sind, auch für die Frauenforderungen einzutreten.
9. Unterrichtet euch über alle formalen und technischen Einzelheiten des Wahlverfahrens.
10. Tretet dem Mannhofer Bürger-Ausschuß bei. Nur Geschlossenheit kann zum Ziele führen.

Mannhofer Bürger-Ausschuß.

Verstärkter Grenzschutz im Osten.

Auffstellung eines disziplinierten Freiwilligenheeres.

Berlin, 4. Januar.

Wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, hat die Regierung in Verbindung mit dem Zentralrat den festen Entschluß gefaßt, den Grenzschutz im Osten auszubauen. Die einzelnen Bezirke sind mit der schnellsten Aufarbeitung der notwendigen Vorarbeiten befaßt. Es wird ein Aufruf zur Bildung einer Freiwilligenwehr erfolgen.

In die Freiwilligenwehr sollen nur kriegserfahrenen Soldaten aus guten Truppenteilen aufgenommen werden. Es wird tadellose Disziplin und unbedingter Gehorsam verlangt. Die Lösung beträgt: Grundgehalt 40 Mark, 6 Mark tägliche Zulage, ferner 4 Mark Ballenulage täglich. Monatlich 20 Mark Extraprämie neben freier Verpflegung.

Unsere Nahrungsmittelversorgung.

Bereitstellung der deutschen Handelsflotte.

Paris, 4. Januar.

Eine amtliche Meldung aus Paris besagt: Die Alliierten haben beschlossen, einen Rat zu ernennen, der aus zwei Vertretern eines jeden Landes bestehen würde, um die Verproviantierung und Vorsehung in den neutralen, befreiten und feindlichen Gebieten zu leiten. Hoover erklärte, die Alliierten erwarten, daß Deutschland den Schiffsraum liefern wird, der nötig ist, um Nahrungsmittel nach den befreiten Gebieten zu bringen, als Gegenleistung für die Genehmigung, selbst Nahrungsmittel zu erhalten. Deutschland müsse auch Schiffe schaffen für die Rückführung der amerikanischen Truppen. Hoover fügte hinzu: Deutschland habe gewiß genügende Lebensmittel, um noch einige Zeit durchzuhalten, mit Ausnahme aller von Vettin.

Die Polen vor Benfischen.

Ultimatum zur Räumung des Bahnhofs.

Berlin, 4. Januar.

Wie ein hiesiges Blatt berichtet, sollen die Polen weiter nach Westen vorgedrungen und bis vor die Stadt Benfischen gekommen sein. Sie richteten sofort ein Ultimatum an das Kommando des deutschen Grenzschaubes und forderten die Übergabe des Bahnhofs, was von dem deutschen Befehlshaber abgelehnt wurde. Die Polen sollen überhaupt keine große Stärke haben trotz vieler Militär; immerhin aber wird die Lage infolge der Latenzlosigkeit der Regierung als äußerst gefährlich bezeichnet. Der Bahnhof Benfischen ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, da hier fünf Eisenbahnlinien sich treffen.

Umsturz in Berlin.

Niesenhundgebung in Berlin. Veranlaßt durch die neuen Übergriffe der Spartakusgruppe gegen den mehrheitssozialdemokratischen „Vorwärts“, sowie durch die Beschlagnahme fast aller bürgerlichen Blätter, hatte die Regierung Ebert-Scheidemann für Montag das arbeitende Berlin zu einer Massenhandgebung nach der Wilhelmstraße vor das Reichskanzlerpalais einbolen. Hunderttausende waren dem Rufe gefolgt, immer neue Jüde von Demonstrationen landeten sich vor dem Sitz der Regierung ein und nicht nur Mehrheitssozialisten, sondern Mitglieder aller Parteien, die für die Regierung Ebert-Scheidemann und damit für die Sicherung der Nationalversammlung sind, nahmen an der Kundgebung teil. Abwechslend sprachen die Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann, umjubelt von der laudensfähigen Menge. „Schwört uns“ rief Scheidemann unter anderem „daß ihr zu uns stehen wollt, daß ihr eine lebendige Mauer um uns bilden wollt, und wir schwören euch, daß wir heute auch für Ruhe und Ordnung in Berlin sorgen werden.“ Feiertisch leistete die unübersehbar Menge dem Schwur. Mit nicht endenwollendem Jubel begrüßte die Menge die Mitteilung, daß nicht nur die der Mehrheitssozialdemokratie angehörigen Soldaten, sondern auch alle wehrfähigen, in der Mehrheitssozialdemokratie organisierten bewaffnet werden sollen. Unter diesen war der Spartakusbund nicht ungenügend. Carl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatten ihre Namen nach der Siegesallee einbolen, wo die bekannten Ansprachen gehalten wurden, die sich gegen die früheren nur dadurch unterscheiden, daß offen zur Ermordung der Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann aufgerufen wurde. Dann folgte ein Demonstrationenzug in Bewegung, in dem unter anderem ein Galgen getragen wurde, an welchem aus Papier hergestellter Ebert und Scheidemann hingen. Wiederholte Verwände der Spartakisten, mit Waffengewalt gegen die Reichskanzlei vordringend, wurden durch Maschinengewehrfeuer und Handgranaten gehindert. Auch an anderen Plätzen der Stadt kam es verschiedentlich zu Feuergefechten. Der entsetzende Kampf wird für die Montagnacht erwartet.

MTB. Berlin, 6. Januar. Polizeipräsident Eichhorn hat sich geweigert, sein Amt abzugeben. Er hat in einer Verlesung zum Widerstand gegen die Regierung aufgerufen. Die gegen ihn ausgeprochene Entlassung hat annehmend das Unmäßige zustande gebracht, die Unabhängigen und die Spartakusleute zu einigen. Beide Parteien haben gellert, Sonntag, ein Flugblatt herausgegeben und zu einer Massendemonstration gegen Eichhorns Entlassung aufgerufen. Es heißt darin: „Die Regierung Ebert-Scheidemann will den letzten Vertrauensmann der revolutionären Arbeiterkraft beseitigen! Arbeiter! Parteigenossen! zeigt den Gewalthabern von heute eure Macht!“

Infolge des gemeinschaftlichen Aufrufs der Unabhängigen und der Spartakusleute versammelten sich Sonntags ihre Anhänger in der Siegesallee zu einer Kundgebung gegen die Entlassung Eichhorns. Mehrere Redner forderten die Bewaffnung des Proletariats, andere erklärten, daß sie entschlossen seien, die Nationalversammlung zu verhindern. Die Erregung war groß. Ein Zug ordnete sich und zog vor das Ministerium des Innern. Am Brandenburger Tor verbrannte man auf einem Scheiterhaufen eine Menge Flugblätter der Regierungspartei. Vor dem Ministerium des Innern wartete Liebknecht in einem Kraftwagen auf den Zug. In einer Ansprache sagte er, daß an der Spitze des Reichs Vorkämpfer wie Ebert und Scheidemann ständen. Das Proletariat müsse sich bewaffnen und einen eisernen Ring um das Präsidium legen.

Etwa 600 Anhänger des Spartakusbundes zogen dann vor das Gebäude des „Vorwärts“. Dort ist seit den letzten Vorgängen 1. Dezember eine Sicherheitswache von 80 Mann mit Maschinengewehren untergebracht. Der Führer der Demonstration erklärte, sie seien gekommen, um den „Vorwärts“, der verlogene und heberische Artikel gegen Polizeipräsident Eichhorn gebracht habe, zu besetzen und ihn in eigener Verwaltung herauszugeben. Die Sicherheitswache ließ den Demonstrationen freie Hand. Diese besetzten Drucker und Redaktion, es wurde sofort ein Flugblatt gedruckt. Zwei der Redakteure sollen sich im Hause versteckt haben, sie wurden gesucht, aber nicht gefunden. Vor dem Hause hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Mithin machte jemand darauf aufmerksam, daß sich in dem gegenüberliegenden Gebäude das Propagandabüro der sozialistischen Partei befände. Dieses wurde alsbald gestürmt, die gesamten Bureaueinrichtungen auf die Straße geworfen und verbrannt.

Der Opfertod des Bergrats.

Rattowitz, 4. Januar.

Ein die freiwillige Abgabe des Lebens für die gemeinsame Sache, wie sie uns von antiken Helden erzählt wird, an die Lat Arnold Winkelried in der Schlacht bei Sempach erinnert der Selbstmord des Bergrats Jostisch, der das größte Aufsehen hervorruft. Jostisch, ein gereifter Mann, der eine Familie zurückläßt und sich selbst den Tod gab in Verweifung über die durch Arbeitsverweigerung und unerfüllbare Lohnforderungen nicht allein in seinem engeren Wirkungskreis, sondern an vielen Stellen Deutschlands hervorgerufene Auflösung des Wirtschaftslens, hinterließ ein an die Arbeiter gerichtetes Schriftstück, das zugleich die Begründung für seinen Schritt und ein ernstes Mahnwort an die Überlebenden von bewundernswürdiger Würde gibt. Es lautet:

An die obersteinsten Berg- und Hüttenleute! Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, euch durch Worte zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen. Ich will sterben, um euch zu beweisen, daß die Sorgen, die ihr über unser bedrängtes Dasein verhängt, schlimmer sind als der Tod. Wohlgerichtet also: Ich opfere mein Leben, um euch darüber zu belehren, daß ihr Unmenschliches fordert. Die Lehren, die ich euch aus dem

Grabe
amten
bereit
braucht
können
müht
und
liche
Arbeit
und
Bull
Da
Frau
durch
Vor
Der
Stellung
20 Jahre
den
den
aus dem

— De
war nicht
Nathans
A d n i g, a
Zusammen
versprach
einüber
das Wort
Leipzig lief
Arlege in
höher vor
nahm ihren
Urfrage un
lieh den M
sei es mit
Juerst brach
Frankreich
gestülte hal
der Arleg
noch wenig
gelehrt w
loren erklä
geschworen
es besonde
angebote
Beitungen
politische
offizielle
trauen. W
deutschen
Wilton. J
Entschlöße
quartier von
leutste un
worauß Ruh
lution. Un
sch weller
unsere gan
Mit Stürme
um sich und
nur nach
haben sich
in den Bänd
nicht mehr
liefern. Die
an uns ge
und dürfen
Berlin hat
del dem Kom
von den bür
vertreten, so
Minderheit
den anderen
wahr ist den
Termin ang
Deutschen
vor der Dr
selbst und
Wir müssen
werden sollen
Die Sch
Deutschnation
Stimme zu
sozialisten
an das Bürg
Nach ein
treter der
schlen keine
überzeugen
der Jubler
Aufklärung

„Diese
lich, inden
das Herr
„Wie
„Wer
mann leif
„Das
„Jhr
„Nun,
enthalt
um mit
„Still,
wir aufhe
„Sch
Ihren hier
„O, es
verdamm
„Ganz
Eachen.
Enkel der
was? Jst
Ein w
den andere
hätten. D
dem Frem
In der
hier dunkel
Nachtwind
schwarze
„Nun a
ter nahm
„Sie wiff
wünschen,
also, um
abschließen.
„Was u
Rofette, un